

## Gegen die englischen Flottenhetzer.

Mit einem bei den englischen Dikern gegen Deutschland sehr beliebten Mißtrauen hat jetzt ein halbamtliches Schreiben von deutscher Seite gränzlich aufgeräumt. Vor längerer Zeit hatte die Daily Mail nämlich mitgeteilt, sie wisse aus „zuverlässiger Quelle“, daß bei festlichen Anlässen auf deutschen Schiffen stets auf den

### „Tag der Abrechnung mit England“

getrunken werde. Prinz Heinrich hatte damals sofort diese „zuverlässige Quelle“ als die Phantasie eines Redakteurs gebrandmarkt.

Gleichwohl ist das Gerücht nicht verflummt. Daher wandte sich ein Londoner, der den Frieden zwischen beiden Ländern liebt und seit Jahren für ihn wirbt, direkt an

### Kaiser Wilhelm

und bat um Auskunft. Der Schreiber erhielt dieser Tage folgende Antwort, die vom Freigattenskorps v. Hollweg, dem Vorstand im Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes unterzeichnet ist: „Ihr Schreiben an Se. Majestät den Kaiser ist uns zur Verantwortung überwiesen worden. Ihre rühmensehrliche Absicht, die antideutschen und

lägerischen Exzerzieren der Daily Mail zu bekämpfen, ist hier mit Interesse zur Kenntnis genommen worden. Obwohl die ganze Geschichte von dem Trinkspruch der deutschen Marineoffiziere auf den Tag der Abrechnung schon ihre verdiente Brandmarkung seitens der englischen Presse erhalten hat, wollen wir doch auf Ihren Wunsch hin bestätigen, daß diese Meldung nicht nur jeder Begründung entbehrt, sondern daß auch keinerlei Tatsache irgendwie besteht, die als Grundlage für diese Falschmeldung hätte dienen können. Die deutschen Seeoffiziere, die die höchste Achtung für ihre englischen Kameraden hegen und eine ebenso große Meinung von ihren Fähigkeiten haben und die einen

### Krieg zwischen Deutschland und England

als ein großes Unglück betrachten würden, müssen einen Trinkspruch dieser Art für ein verächtliches Stück Leichtfertigkeit halten. Außerdem würde die gute Erziehung jeden deutschen Marineoffizier veranlassen, einen solchen aburden Trinkspruch als eine große Geschwammschnecke zu betrachten, die zu begeben ihm kein Tatgefühl jederzeit verbieten würde. Abgesehen von den deutschen Offizieren überzeugt, daß ihre englischen Kameraden auch nicht im geringsten an die Möglichkeit geglaubt haben, daß dieser Trinkspruch irgendwelchen bösen Wahngehalt enthalten könnte. Nachrichten über Tatsachen, die Marins betreffend, können jederzeit bei uns eingeholt werden. Dagegen ist für rein politische Angelegenheiten das auswärtige Amt die zuständige Stelle.“ — Diese Antwort ferndeutscher Art ist nicht an Deutschland zu wünschen übrig und legt durch die Schlussätze auch die uns Unrecht, die die englische Dege immer und immer wieder mit der angeblichen Heimlichkeit im deutschen Flottenbau rechtfertigen wollen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Das kaiserliche Hoflager ist von Potsdam für kurze Zeit nach Berlin übergediebt.

Wie verlautet, wird der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg die aus Anlaß des italienischen Kabinettswechsels unterdrückte Romreise öffentlich anstreifen.

Die Thronrede, mit der Kaiser Wilhelm am 11. d. den preuß. Landtag eröffnete, hebt hervor, daß sich die Finanzlage in Preußen langsam bessert, daß aber der Einkommensverlust gleichwohl mit einem beträchtlichen Fehlbetrag schließt. Die Thronrede führt dann an, daß Gesetzentwürfe betr. die Fürsorge für die schulpflichtige Jugend und das Fortbildungsschulwesen eingebracht werden sollen. Zum Schluß wird in der

Thronrede erklärt, daß die Vorarbeiten zur Wahlreform nahezu fertig gestellt seien und daß der entsprechende Gesetzentwurf demnächst dem Landtage zugehen werde. Die Erwartung weiter Kreise, daß die Thronrede sich über das Weisen und die Art der Wahlreform verbreiten werde, ist also enttäuscht worden.

Im bayrischen Abgeordnetenhaus erklärte bei einer Besprechung der Frage der Schiffsabgaben Verkehrsminister v. Frauenhofer, die bayrische Regierung habe sich nicht der Notwendigkeit verschlossen, daß die Lage der Finanzen dazu zwingt, den weiteren Ausbau der Wasserstraßen von der Heranziehung der Interessenten abhängig zu machen. Bayern werde daher auch in Zukunft seinen ganzen Einfluß ausüben, um eine Lösung der Frage auf der Grundlage des preuß. Entwurfs baldigt herbeizuführen. Der Minister wandte sich namentlich gegen den von einem Abgeordneten erhobenen Vorwurf, als ob Preußen nicht bundesfreundlich gehandelt habe. Preußen habe sich im Gegenteil durchaus bundesfreundlich gezeigt.

Die Jahresdenkschrift der Kolonialverwaltung über die Entwicklung der Schutzgebiete in Afrika und in der Südsee (1908/09) ist in ihren einzelnen Teilen (Verwaltungsberichte der einzelnen Kolonien) bereits an den Reichstag gelangt. Der allgemeine Teil, der die Hauptbilanz unserer Kolonialpolitik während des letzten Jahres zieht, wird demnächst folgen.

### Frankreich.

Das Parlament hat seine Arbeiten wieder aufgenommen. Die letzte Session hat begonnen, in der Senat und Kammer in ihrer jetzigen Zusammensetzung zu beraten haben. Das Oberfest fällt in diesem Jahre sehr früh, auf den 27. März. Das Parlament wird schon einige Tage vorher in die Ferien gehen und erst nach den Wahlen, die im Mai stattfinden, wieder zusammentreten. In der Kammer wird zunächst die Beratung des Budgets fortgesetzt, die erst Ende Februar schließen dürfte. Die Anhänger der Verhältnismäßigkeiten werden versuchen, noch einmal die Diskussion über die Wahlreform zu eröffnen. Unter den Interpellationen wird die über die Schulfragen das meiste Interesse finden. Im Senat soll das Gesetz über die Arbeiterpensionen zur Abstimmung gebracht werden. Budget und Posttarif werden den weiteren Stoff für die Verhandlungen bieten.

### Italien.

Zum Zeichen der russisch-italienischen Freundschaft wurde nach der Post. Jg. ein von 5000 Turinern, darunter Senatoren, Aristokraten und bedeutenden Kaufleuten und Industriellen, unterzeichnetes Guldigungsalbum an den Zaren gesandt, worin der Wunsch ausgedrückt wird, daß zwischen Italien und Rußland „ewige“ Freundschaft bestehen möge.

### Holland.

Eine internationale Konferenz über Sozialversicherung, auf der auch Deutschland vertreten ist, wird in den Tagen vom 5. bis 8. September d. im Haag stattfinden. Auf der Tagesordnung steht: über die Staatszuschüsse zur Sozialversicherung; der ärztliche Dienst in der Sozialversicherung; Beziehung zwischen Versicherungs- und Armenwesen. Die Arbeitslosenversicherung hat man nicht auf die Tagesordnung gesetzt, da man sie für eine internationale Besprechung noch nicht reif hält.

### Rußland.

Während eines Vortrags des Finanzministers Kolowzew beim Zaren äußerte dieser seinen Unwillen über die Beschlagnahme russischer Depots in Berlin in der Angelegenheit des Hauptmanns A. D. v. Helfeld. Der Zar soll gesagt haben, falls der Arrest nicht aufgehoben werden sollte, würden künftig keine russischen Staatsgelder in Berlin mehr hinterlegt werden.

### Galizien.

Nach halbamtlichen Nachrichten ist das

Bestehen des gefangenen Julius Abt und Hamid sehr unklar. Seitdem er einen herungelassenen Fischverkauf machte, ist der Sultan in sich geteilt und starrt stundenlang aus dem Fenster in den Park, der seine Villa umgibt.

Die türkische Ministerkrise kann als beendet gelten. Der frühere Vizepräsident in Rom, Hakkı Bey, ist Großwesir und der bisherige Generalkonsul Mahmud Scheffer hat, einem Wunsch der Jungtürken folgend, das Kriegsministerium übernommen. Damit sind alle Politiker der alten Türkei aus dem Kabinett ausgeschaltet.

Die griechische Regierung hat sich mit der geschäftsführenden Regierung auf Kreta dahin verständigt, daß die Inselbevölkerung auf die Erwählung griechischer Abgeordneter für die griechische Kammer vorläufig verzichte. Auf diese Weise kann Griechenland keine Kammerwahlen vornehmen, ohne Verbindungen mit der Türkei befürchten zu müssen.

## Deutscher Reichstag.

Am 11. d. begrüßt Vizepräsident Spahn die Mitglieder des Hauses und wünscht einen erfreulichen Fortgang der Geschäfte.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation v. v. Pannicke, Graf Bothmer betr. die mecklenburgische Verfassungsfrage.

Staatssekretär Delbrück erklärt sich auf Anfrage bereit, sofort zu antworten.

Abg. v. Pannicke (noll.) begründet die Interpellation. Am 15. Juni vorigen Jahres sei von dem Reichskanzler und dem mecklenburgischen Bevollmächtigten erklärt worden, der bisherige Verlauf der Verfassungs-Verhandlungen in Mecklenburg bedeute noch keineswegs ein Scheitern derselben. Diese Auffassung habe sich mittlerweile als zu optimistisch herausgestellt. Daher sei es

### gebietende Pflicht,

die mecklenburgische Verfassungsfrage erneut im Reichstage aufzurufen. Um so mehr mit Recht, nachdem die Großherzöge selber den Ständen gegenüber auf die Reichshälfte hingewiesen hätten. Die Reichsregierung und die mecklenburgische Regierung müssen jetzt zu der so veränderten Sachlage Stellung nehmen. Die Ritterschaft habe bisher jeden Versuch, die Verfassungsfrage zu lösen, zum Scheitern gebracht. Jetzt müsse das Reich einschreiten. Das mecklenburgische Volk hoffe dies und erwarte, durch die heutigen Erklärungen des mecklenburgischen Bevollmächtigten nicht enttäuscht zu werden. Wir hoffen darauf, daß auch die Parteien, die sich bisher abgemessen verhalten haben, jetzt sich nicht mehr der Notwendigkeit verschließen, Mecklenburg von Reichs wegen zu helfen. Sollen die Großherzöge die von ihnen anerkannte Staatsnotwendigkeit anerkannt lassen, weil die mecklenburgischen Ritter Widerstand leisten? Oder ist es nicht vielmehr ihre ständige Pflicht, bei dieser Sachlage auch vor der ultima ratio der Staatsnotwendigkeit zu stehen?

### dem Gebrauch der Gewalt,

der Anwendung einer Verfassung nicht zurückzuführen? Das Reich wird sich ein großes Verdienst um Frieden und Volk in Mecklenburg erwerben, wenn es hier eingreift. Möge das Reich seine Pflicht Mecklenburg gegenüber erfüllen zur Ehre des Reiches und zum Wohle Mecklenburgs.

Staatssekretär Delbrück: Die mecklenburgische Verfassungsfrage hat den Reichstag schon wiederholt beschäftigt. Am 15. Juni hat der Herr Reichskanzler erklärt, daß die verbündeten Regierungen sich zu einem Eingehen auf die Wünsche der Interpellanten nicht verstehen könnten und an der Hoffnung festhalten, daß man in Mecklenburg selbst zu einer Einigung kommen werde. Seitdem hat sich nichts geändert, als daß allerdings — bemerkenswerterweise — die Verhandlungen auf dem mecklenburgischen Landtage gescheitert sind. Auch unter diesen Umständen sind die Regierungen zu einem

Eingreifen von Reichs wegen nicht gewillt und halten es nicht für zulässig auf Grund des Artikel 76. In Frage käme noch ein Einschreiten auf Grund des Artikel 78 der Reichsverfassung. Im Namen der verbündeten Regierungen habe ich aber die Erklärung abgegeben, daß sie es nicht für angängig halten, diesen Weg zu beschreiten, da dies mit den bundesstaatlichen Grundgesetzen, auf denen das Reich beruht, unvereinbar erachtet.

Mecklenburgischer Bevollmächtigter Herr v. Brandenburger: Bei der gegenwärtigen Sachlage sehen sich die großherzoglichen Regierungen außerstande, ihren Standpunkt vom 15. Juni auf

recht zu erhalten und ein Eingreifen des Reiches mit der Begründung abzulehnen, daß

Aussicht auf eine Einigung mit den Ständen in Mecklenburg selbst vorhanden sei. Andererseits aber werden die großherzoglichen Regierungen ein Eingreifen des Reiches nicht beantragen, auch dann, wenn es nicht wünschenswert ist. Denn dem Eingreifen des Reiches stehen wichtige Bedenken entgegen, wie sie schon der Stellvertreter des Reichskanzlers dargelegt hat. Gleichwohl legt die großherzoglich-schwedische Regierung den heutigen Verhandlungen hohen Wert bei. Namentlich der freisinnigen Regierung habe ich noch zu erklären, daß sie sich nicht veranlaßt sieht, auf den Inhalt der Interpellation näher einzugehen. Auf Antrag von links erfolgt Besprechung der Interpellation.

Abg. v. Treuenfels (son.) erklärt, daß er und seine Freunde durchaus den Boden der grundsätzlichen Erklärung des Stellvertreters des Reichskanzlers ständen. Das Scheitern der Verhandlungen in mecklenburgischen Landtage bedeute auch er, aber die Schuld rühe durchaus nicht bei der Ritterschaft, sondern in erster Linie bei den Regierungen. Mecklenburg habe ebenso wenig wie ein anderer Bundesstaat das Verlangen, ein Bundesstaat zu werden und wünsche, ein gleichberechtigter Faktor zu bleiben.

Abg. Pannicke (fri. Bgg.) weist zunächst eine Unterbrechung des Vortrags zurück, als ob die Interpellanten nur agitatorische Zwecke verfolgten und beleuchtet dann das Verhalten der großherzoglichen Regierungen, die erst die Finger drohend zur Faust geballt hätten und sie jetzt wieder in die Tasche stecken. Die

mecklenburgische Frage sei eine deutsche Frage.

Es kann für unsere Berücksichtigung im Auslande nicht gleichgültig sein, ob solche den Spott herausfordernde Gebilde, wie das mecklenburgische Staatsrecht, länger aufrecht erhalten bleiben. Der Herr Staatssekretär erklärt ein Eingreifen des Reiches für unpraktisch mit den liberalen Grundgesetzen des Reiches. Demgegenüber aber verweise er ihn auf die Professoren Laband und Horn, auf die Schweiz, auf die Ver. Staaten. Es führt jetzt kein anderer Weg mehr zum Ziele, als ein Eingreifen des Reiches. Redner schließt dann das noch seiner Meinung rühmlichste Verfassungsleben in Mecklenburg.

Staatssekretär Delbrück: Die Herren sind und Pannicke haben von einer „bundesfreundlichen Einwirkung“ auf Mecklenburg gesprochen. Eine solche kann doch aber nur erfolgen auf die mecklenburgischen Regierungen. Aber mit diesen bestand sich ja die Reichsregierung in Übereinstimmung. Es fehlt also an jeder Grundlage

für eine bundesfreundliche Einwirkung. Ebenso fehlt es an jeder Grundlage für ein Vorgehen auf Grund Artikel 76 der Verfassung. Und die Unabhängigkeit eines Vorgehens auf Grund von Artikel 78 haben die verbündeten Regierungen jetzt wieder einmütig bekennt. Ein bloße Anordnung — glauben Sie, daß diese von der Ritterschaft beachtet werden würde? — Oder denken Sie an einen Zwang? Das wäre unbedingt unvereinbar mit den liberalen Grundgesetzen des Reiches.

Abg. Erdber (Zent.) führt aus, auch keine Freunde wünschten eine Reform des Verfassungswesens in Mecklenburg. Aber auf Grund der Reichsverfassung sei ein Eingreifen nicht wohl möglich. Ob etwa die mecklenburgischen Landesherren auf Grund eines neuerdings in den Vordergrund gerückten Kammerrechts vorgehen können, sei ebenfalls unbedenklich zweifelhaft.

Abg. v. Dreyer (freis.): So sehr meine politischen Freunde eine Reform für Mecklenburg wünschen, so können wir doch unter keinen Umständen dem Reiche das Recht zugestehen, den Einzelstaaten die Verfassung vorzuschreiben.

Abg. Frohme (soz.): Die Regierungsform in Mecklenburg ist eine Schmach und Schande für die ganze Nation.

Nach kurzen Ausführungen der Bgg. von Treuenfels und Pannicke wird die Sitzung geschlossen.

## Von Nah und fern.

### „Weimarische Vermählungs-Taler“.

Aus Anlaß der Vermählung des Großherzogs Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar mit der Prinzessin Feodora von Sachsen-Weimaringen werden Dreimarkstücke mit den Wappsteinen der Neuvermählten geprägt werden. Es war beabsichtigt, diese Münzen bis zum offiziellen Eingange des förmlichen Parades in die Landesrezidenz fertigzustellen, doch ist es zweifelhaft, ob sich dies noch ermöglichen lassen wird. Die zu prägenden Münzen werden die ersten neuen Dreimarkstücke sein, die ein Doppelbildnis zeigen.

### „Verwundet?“ fragte Karl.

„Eine Angel hat mir den Arm gestreift. Aber wir werden es ihnen auf dem Rückweg heimzahlen.“

Daran zweifelte Karl nicht, sofern sich dem Militär hierzu nur eine Gelegenheit bieten würde.

Unterdessen war die Sonne untergegangen; die Nacht war mit tropischer Raschheit herein-gebrochen und alles — Häuser, Kirchen und Bäume schien in dickerer Uniformigkeit zu verschwinden. Aber die Soldaten ritten in gefiretem Galopp weiter durch andre Straßen dahin, dann einen langen, steilen Hügel hinan, bis sie plötzlich nach etwa zehn Minuten vor einem großen, dunkleren Gebäude anhielten. „Wo sind wir?“ fragte Karl den freundlichen Reiter.

„Wir sind an Ort und Stelle, Senor — dem Himmel sei Dank!“

„Auf dem Schlosse?“

„Ja.“

Allem Anschein nach wurden sie erwartet, denn das schwere Tor öffnete sich wie von selber und sie ritten über die Straße in einen großen Hof. Eine Sekunde schien alles still. Dann erhielt Karl den Befehl, abzusteigen, und von einigen Soldaten begleitet, wurde er in eine geräumige Halle geführt und sofort der Aufsicht der dort lagernden Wache überantwortet. Ferreira redete ernstlich mit einem weißhaarigen alten Offizier von gutmütigem Aussehen, der zweifellos der Festungs-kommandant war und dem er seine Bekanntschaft nachdrücklich zu erteilen schien. Der Offizier

## Hußerdienstlich.

### Erzählung von Fritz Reutter.

#### (Fortsetzung.)

Bald folgte man einer schmälern Straße nach rechts, wo die Häuser unansehnlicher und kleiner wurden, und es schien, als käme man in den ärmeren Teil der Stadt, wo kein Einwohner sichtbar war. Doch schien Ferreira nicht zu trauern, denn er schickte eine Vorhut aus. Und diese Vorhut war nicht umsonst.

Wohin vernahm man ein Geräusch, aber dessen Herkunft man sich nicht klären konnte — ein Armen und Särgen, das von einzelnen Schüssen und gansen Salven überdünnt wurde. Es wurde lauter und lauter, je näher sie einem kleinen, freien Platz kamen, in dem alle Straßen auszumünden schienen, und bald entdeckten sie auch gerade vor sich eine wilde, hin- und herwogende Volksmasse. Hier war allem Anschein nach das Militär mit dem Pöbel in Konflikt geraten. Karls Puls begann rascher zu schlagen. Die Vorhut fiel zurück, die Reihen wurden enger geschlossen, und wie sich der Deutsche umblühte, gewahrte er, daß sich mehrere Offiziere rechts und links von seiner Reihe aufgestellt hatten. Und diese Tatsache mit der Erinnerung an Ferreras letzte Warnung kam ihm im Augenblick eher bedeutungsvoll als angenehm vor.

Über es blieb ihm wenig Zeit zum Nachdenken. Sie fanden keine fünfzig Meter mehr von dem Platz entfernt; plötzlich schien das Geschrei sich zu verdoppeln, einige Schüsse pflüchten über die Häupter der Reiter hin und

ein Teil der Volksmenge kam den engen Weg dahergeschleht.

„Halt!“ rief Ferreira zu Karls Über-

raschung.

Aber im nächsten Augenblick war ihm die Ursache schon klar. Der Gouverneur hatte den wahren Sachverhalt erkannt — die Soldaten waren von der Volksmenge zerstreut und zurückgetrieben worden und rückten sich nur unter dem Schutz und Schirm der herankommenden Kavallerie. In anbetrachter der Moral und Tapferkeit mittelamerikanischer Truppen ist es auch nicht verwunderlich: es waren ihrer etwa hundert, die gegen einen fünfmal stärkeren Gegner gekämpft hatten. Auch machten sie in der Panik durchaus keinen militärischen Eindruck, und es ist eine Frage, ob sie Ferreras Befehl, sich hinter der Kavallerie zu sammeln, nur hörten oder beachteten. Jedenfalls bekam sie Karl nicht mehr zu Gesicht.

Die flüchtigen Soldaten wurden vom Pöbel nicht verfolgt, und eine Minute später standen sich Volksmenge und Kavallerie in tödlichem Stillstand gegenüber; die Bürger schlossen sich instinktiv enger zusammen und die Soldaten erwarteten den Befehl ihres Führers. Auf dem freien Platz zwischen den beiden Feinden lagen die Toten und die Verwundeten, und es rührte das Herz, wenn man sehen mußte, wie die Verwundeten sich abmühten, aus dem Ort der Gefahr hinwegzuführen.

Aber auch für das Mitleid blieb keine Zeit. Das Stillstehen wurde plötzlich durch einen herausfordernden Ruf aus den Bürgerreihen unterbrochen und es dankte Karl, als hätte er

darin den Namen jenes Mannes, für den er hier gehalten wurde, vernommen. Gewehre und Revolver trachten wie auf Kommando. Ein Soldat in der vordersten Reihe wurde getroffen, mehrere Pferde blühten und stürzten sich. Ferreira warf rasch einen Blick hinter sich und gab den Befehl: „Zur Attende!“ Die Rebellen schienen darauf gefaßt; denn im Augenblick, als die Reiter herausgaloppierten, trennten sie sich rasch und ließen den Soldaten die Passage frei, sandten ihnen aber von beiden Seiten Angeln und Steine nach und riefen wie toll: „Es lebe Lobar! Nieder mit Melgarejo!“

Einer der Offiziere, die Karl bewachten, stürzte; der Soldat, der an seiner Linken ritt, rief einen Fluch aus, und Karl sah, daß er getroffen worden war, und ihm selbst pflüchten die Angeln gefährdend um den Kopf. Einen Augenblick besonders befand er sich in großer Gefahr; denn er hatte nicht nur eine Angel zu fürchten, sondern vor allem seine Wächter, die das leichteste Mißverständnis benutzen konnten, um sich seiner für immer zu entledigen. Glücklicherweise war alles in einer Minute vorüber; der Platz war übersät mit den Leichen der Volksmenge war zerstreut, das Geschrei erlosch und die Reiter sprengten in vollem Galopp ein enges Gäßchen entlang, ohne beruht zu achten, die in dem Handgemenge gefallen waren.

Erst jetzt mochte Karl Nippold wieder aufzuatmen.

„Sie erkannten Sie nicht, Senor,“ sagte ihm der Soldat zu seiner Linken. „Und es ist ein Glück für Sie.“